



16.12.2014

## Forderungen von Campusgrün Hessen zum hessischen Hochschulpakt

Zu den derzeit laufenden Verhandlungen über den hessischen Hochschulpakt (HSP) erklärt Campusgrün Hessen, der Landesverband unabhängiger grüner Hochschulgruppen in Hessen:

Wir fordern eine Erhöhung des Grundbudgets der hessischer Hochschulen und bei dessen Verteilung einen geringeren Leistungsbezug. Das Land Hessen sollte sich nicht auf die minimale Summe an Mitteln beschränken, die mit dem Bund vereinbart ist, sondern zusätzliches Geld für die Hochschulfinanzierung bereitstellen. Wir begrüßen die Entscheidung, dass die 81 Mio. €, die dem Land durch die BAFöG-Entlastung des Bundes zusätzlich zur Verfügung stehen, komplett den Hochschulen zugehen sollen; das Leistungsbudget soll sich unserer Ansicht nach jedoch stärker an Studierendenzahlen und weniger an Drittmitteln orientieren.

Bei Finanzierungsengpässen im Hochschulwesen sind sogenannte "Exzellenz"-förderprogramme wie Loewe zugunsten der Grundfinanzierung zurückzufahren oder einzustellen, damit die Mittel allen hessischen Hochschulen in gleichem Maße zu Gute kommen.

Generell schätzen wir die derzeitige wettbewerbsorientierte Mittelvergabe im Rahmen des Hochschulpaktes als schädlich für die hessische Hochschullandschaft ein. Eine Finanzierung, die sich an Studierendenzahlen orientiert, muss auch über die Regelstudienzeit hinausgehen: zumindest um zwei Semester. Ansonsten entstehen seitens der Hochschulen absurde Anreize, um Druck auf ihre Studierenden auszuüben und nicht zuletzt auch die Studienqualität zu senken.

Zudem sehen wir die Einführung von Zugangsbeschränkungen zu Studiengängen durch die Hintertür kritisch, welche in Folge einer fixen Mittelzuteilung entstehen können.

Eine Fortführung der QSL-Mittel betrachten wir für die Förderung innovativer und qualitativ hervorragender Lehrkonzepte sowie die allgemeine Verbesserung der Studienbedingungen als elementar. Eine Umwidmung in das Grundbudget der Hochschulen lehnen wir ab, da QSL-Mittel ein wichtiges Mitbestimmungsinstrument für Studierende darstellen. Daher sollte die Höhe der Mittel dringend an die gestiegenen Studierendenzahlen angepasst werden.

Ansprechpartner\*innen für diese Pressemitteilung:

Andreas Ewald

Sofia Ganter

Dominik Haas